

Gewissenskonflikte eines Demokraten

Wenige Tage nach der Bundestagswahl flatterte mir erneut eine Abstimmungsbenachrichtigung ins Haus. Das Berliner Volk soll am 03.11. über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung entscheiden, sich für eine „demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung“ entscheiden. Toll, denke ich als ein von den Medien aufgeklärter Bürger, der das Volksbegehren dafür sogar irgendwann mal unterschrieben hat. Daseinsfürsorge in kommunaler Hand ist – so meine Überlegung – möglicherweise besser als in der Hand eines Stromkonzerns – in diesem Fall Vattenfall, über die ich ja an sich nichts Schlechtes sagen kann, bin ich doch schon seit Jahren Kunde bei denen. Mein Licht hat immer gebrannt, die Zimmer waren immer warm, den zu löhnenden Betrag habe ich durch Energiesparlampen, frühes Abschalten der Glotze und der Heizung, zeitiges Zubettgehen und wärmende Flies-Kleidung von Jahr zu Jahr gesenkt. Also dennoch ohne Bedenken mein Kreuzchen beim JA für die Rekommunalisierung? Ohne zu fragen, warum irgendwann mal die Kommune die BEWAG, deren Kraftwerke und Netze an den Energieriesen aus Schweden verkauft hat und wer das damals zu verantworten hatte, wahrscheinlich Diepgen und seine CDU! Unheimlich wichtig soll nun plötzlich sein: Das Volk kann endlich mal selber bestimmen über die Besitzer, vielleicht gar noch über die Strompreise, über die Sorte Strom, ob er aus Braunkohle, aus Atomkraftwerken, von der Sonne oder vom Wind erzeugt wird. Berliner Volk, hör’ die Signale, endlich das Stadtwerk und das Stromnetz in unserer Hand – ganz ohne Revolution, demokratisch durch einen Volksentscheid! Und das kurz vor Weihnachten! Zur Abstimmung steht ein Gesetzestext, den wohl kaum einer versteht. Er klingt wie ein Wunschzettel für den Weihnachtsmann, eine demokratische Energieversorgung, eine sozial gerechte Energieversorgung, was soll das denn alles sein? Echter Ökostrom soll künftig günstige Strompreise bieten – wer soll das glauben? Der Gewinn soll in Berlin verbleiben, um ihn dann am Flughafen oder anderen Großprojekten zu versenken? Aber wir dürfen mitbestimmen mit Vertretern im Verwaltungsrat – genauso wie bei den Kranken- und Rentenkassen, bei der Volksbank oder anderen ähnlichen Einrichtungen. Demokratie wohl eher als Farce! Ganz verrückt wird es, wenn man die Gegenargumente des Senats und des Abgeordnetenhauses noch liest. Danach ist ja alles schon geregelt, ein Stadtwerk ist auf dem Weg und sogar finanziell abgesichert. Das Land Berlin bewirbt sich bereits um die Energienetze. Wer mit JA stimme, mache sich schuldig an finanziellen Risiken in Milliardenhöhe. Die von mir gewählten Abgeordneten und die demokratisch gewählte Regierung Berlins bitten mich gar, beim Volksentscheid mit NEIN zu stimmen. Das Ganze verwirrt wahrscheinlich nicht nur mich.

Da bleibt mir nur, mich zu verweigern. Stimmvieh, ohne zu wissen, warum ich für JA oder warum ich für NEIN stimmen soll, will ich in diesem Falle nicht sein. Also: Abstimmungsbenachrichtigung in die Tonne und für den 3.11. einen schönen Ausflug planen und hoffen, dass die anderen Demokraten Berlins das ebenfalls so sehen, damit keine 625 000 JA-Stimmen zusammen kommen. Die Kosten für diesen Wahlsonntag sollten den Initiatoren dieser „Volksveräppelung“ – Energietisch und Senat gleichermaßen – in Rechnung gestellt werden.

Auf diese Weise kann man nämlich auch die an sich wichtige direkte Demokratie auf Dauer kaputt machen. War das vielleicht gar das Ziel?

Eberhard Aurich